

Pressedienst Nr. 16599
Mittwoch, 30. August 2023

Šef ovi übernimmt von Timmermans die Agenden für den Green Deal	1
EU-Handel mit Agrar- und Lebensmittelgütern erholt sich im Mai 2023	1
Frankreich erhält Genehmigung für Export von Schweinefleisch nach Australien	2
OÖ Bauernbund warnt vor ideologiebasierter Green Deal-Politik	3

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Šef ovi übernimmt von Timmermans die Agenden für den Green Deal

Sozialdemokrat aus der Slowakei soll EU-Klimaneutralität bis 2050 voranbringen

Brüssel, 30. August 2023 (aiz.info). - Nach dem Rücktritt von EU-Kommissionsvizepräsident **Frans Timmermans**, der als Spitzenkandidat der gemeinsamen Liste der sozialdemokratischen Partij van de Arbeid (PvdA) und der grünen Partei GroenLinks für die niederländischen Parlamentswahlen am 22. November kandidiert, hat EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen seinen Nachfolger bekanntgegeben. Der Slowake **Maroš Šef ovi** wird die Agenden von Timmermans übernehmen, zu denen der in der Landwirtschaft nicht unumstrittene Green Deal zählt. Besonders Vertreter der Europäischen Volkspartei (EVP) kritisieren die Vorschläge Timmermans etwa zum Naturwiederherstellungsgesetz oder zur geplanten Verordnung für die nachhaltige Nutzung von Pflanzenschutzmitteln (SUR) als zu ambitioniert und überzogen.

Šef ovi ist auch solange für die von Timmermans geführte Generaldirektion für Klimaschutz zuständig, bis ein neues Kommissionmitglied aus den Niederlanden ernannt ist. Laut einem Bericht von agrarzeitung.de soll bereits der ehemalige niederländische Außenminister Wopke Hoekstra für dieses Amt feststehen.

Von 2014 bis 2019 war **Timmermans** in der EU-Kommission als erster Vizepräsident für bessere Rechtsetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und die Charta der Grundrechte zuständig, bevor er in der aktuellen Kommission die Verantwortung für den europäischen Grünen Deal übernahm. In dieser Funktion koordinierte er die ehrgeizige Gesetzgebungsagenda der Europäischen Kommission, um Europa bis 2050 zum **ersten klimaneutralen Kontinent** zu machen.

Šef ovi schrieb bei X, vormals Twitter, es sei eine Ehre, den europäischen Grünen Deal weiter umzusetzen. Europa wolle bis 2050 Klimaneutralität erreichen - das müsse fair und inklusiv geschehen, mit Wachstum und Beschäftigung für alle. "Die Europäerinnen und Europäer verdienen einen gerechten grünen Wandel." Der 57-jährige Sozialdemokrat ist seit 2009 EU-Kommissionsmitglied. Seit Ende 2019 ist er einer der Kommissionsvizepräsidenten und als Kommissar für interinstitutionelle Beziehungen sowie seit 2021 auch für die Umsetzung der Brexit-Verträge zuständig. (Schluss)

EU-Handel mit Agrar- und Lebensmittelgütern erholt sich im Mai 2023

Ausfuhren um 8% gestiegen

Brüssel, 30. August 2023 (aiz.info). - Der Agrar- und Lebensmittelhandel der EU hat sich im Mai mit einem Anstieg sowohl bei den Einfuhren als auch bei den Ausfuhren erholt, nachdem er sich im April noch abgeschwächt hatte. Der höhere Anstieg der Ausfuhren im Vergleich zu den Einfuhren führte dazu, dass der Handelsüberschuss im Mai im Vergleich zum Vormonat um 2% zunahm und 5,2 Mrd. Euro erreichte, berichtet Dow Jones News.

Die Ausfuhren von Agrar- und Ernährungsgütern aus der EU stiegen im Mai 2023 im Vergleich zum Vormonat um 8% und erreichten mit 19,4 Mrd. Euro den gleichen Wert wie im Mai 2022. Insgesamt beliefen sich die Ausfuhren von Jänner bis Mai 2023 auf 95,7 Mrd. Euro, was einem Anstieg von 8% gegenüber dem entsprechenden Zeitraum 2022 entspricht.

Die Ausfuhren stiegen demnach in den meisten Produktkategorien im Vergleich zum Vormonat. Im Zeitraum Jänner bis Mai 2023 wurde der größte Anstieg der kumulierten Ausfuhren bei Obst- und Gemüsezubereitungen mit 974 Millionen Euro (plus 25% gegenüber 2022), bei Süßwaren und Schokolade mit 645 Mio. Euro (plus 18%) und bei Getreidezubereitungen und Mahlerzeugnissen mit 1,3 Mrd. Euro (plus 15%) verzeichnet. Während die meisten dieser Zuwächse demnach auf höhere Ausfuhrpreise und nicht auf Mengenänderungen zurückzuführen sind, heben sich Pflanzenöle, Ölsaaten und Eiweißpflanzen sowie Getreide mit einem Anstieg der Ausfuhrmengen um 40%, 23% bzw. 16% ab.

Die drei wichtigsten Bestimmungsländer für die EU-Agrar- und Lebensmittelexporte zwischen Jänner und Mai waren Großbritannien, die USA und China. Die Ausfuhren nach Großbritannien und China stiegen im Vergleich zu 2022, während sie in Richtung Vereinigte Staaten und Ägypten zurückgingen.

Die Einfuhren in die EU sind im Mai ebenfalls gestiegen und erreichten 14,3 Mrd. Euro, was einem Anstieg von 10% gegenüber dem Vormonat entspricht. Sie blieben jedoch 8% unter ihrem Niveau im Mai 2022. Seit Anfang 2023 sind die Gesamteinfuhren um 3% höher als im gleichen Zeitraum des Jahres 2022.

Die Getreideeinfuhren stiegen dem Report zufolge von Jänner bis Mai 2023 wertmäßig um 1,7 Mrd. Euro und mengenmäßig um 48%. Die Zuckereinfuhren haben sich fast verdoppelt. Die Importe von pflanzlichen Ölen gingen sowohl wert- als auch mengenmäßig zurück, ähnlich wie bei gemischten Lebensmittelzubereitungen. Die Einfuhren von Margarine und anderen Ölen und Fetten gingen jedoch um 16% zurück, was hauptsächlich auf die niedrigeren Importpreise zurückzuführen ist.

Die drei wichtigsten Herkunftsländer für den EU-Nahrungsmittelimport waren zwischen Jänner und Mai Brasilien, Großbritannien und die Ukraine. Die Einfuhren aus der Ukraine haben im Vergleich zu 2022 zugenommen, während die Einfuhren aus Argentinien und Russland zurückgingen. (Schluss)

Frankreich erhält Genehmigung für Export von Schweinefleisch nach Australien

Dänemark und die USA sind ebenso Lieferanten

Paris/Canberra, 30. August 2023 (aiz.info). - Frankreich hat die endgültige Genehmigung für den Export von Schweinefleisch nach Australien erhalten und damit einen neuen potenziellen Absatzmarkt für einen Sektor gefunden, der mit der schwankenden Nachfrage des wichtigsten Importeurs China zu kämpfen hat. Nach jahrelangen Diskussionen über Gesundheits- und Hygiene-Zertifizierungen wurde der australische Markt nun formell für französisches Schweinefleisch geöffnet, wie das französische Agrarministerium und der Fleischindustrieverband Culture Viande laut Dow Jones News erklärten.

Frankreich schließt sich anderen Schweinefleischexporteuren wie Dänemark und den Vereinigten Staaten an, um Zugang zum australischen Markt zu erhalten, der laut Culture Viande ein jährliches Importvolumen von etwa 200.000 t umfasst. Die Importgenehmigung kommt zu einem Zeitpunkt, an dem Australien ein mögliches Handelsabkommen mit der EU, deren größter Agrarproduzent Frankreich ist. (Schluss)

OÖ Bauernbund warnt vor ideologiebasierter Green Deal-Politik

Verbotskultur schürt Abhängigkeiten

Linz, 30. August 2023 (aiz.info). - Vertreter des OÖ Bauernbundes warnen vor einer steigenden Importabhängigkeit und damit dem schleichenden Verlust der europäischen beziehungsweise österreichischen Versorgungssicherheit durch überzogene Produktionsauflagen. "Aufgrund immer mehr verbotener Pflanzenschutzmittel in der EU, und besonders in Österreich, stehen den Bauern immer weniger Mittel zu Verfügung, um ihre Feldfrüchte zu schützen. Kein Bauer setzt Pflanzenschutzmittel nach Lust und Laune ein. Denn Pflanzenschutzmittel kosten Geld. Ihr Einsatz sichert - kombiniert mit einer optimalen Bewirtschaftung den Ertrag und die Qualität des Erntegutes", so OÖ-Bauernbund-Direktor **Wolfgang Wallner**

OÖ Landwirtschaftskammerrat und Obmann des Verbandes der Gemüse-, Erdäpfel- und Obstbauern OÖ **Ewald Mayr** ist selbst als Gemüsebauer im Eferdinger Becken betroffen. "Seit mehreren Wochen kann ich meine Radieschen nicht mehr verkaufen. Der Grund dafür ist das Verbot wirksamer Pflanzenschutzmittel in Österreich. Wir in Österreich müssen mit einer Wirkstoffmischung arbeiten und mehrere Spritzungen durchführen. Unsere Kollegen beispielsweise in Deutschland haben dieses Problem nicht. Sie führen eine Behandlung des Bestandes im Keimblattstadium und nochmals rund eine Woche später durch. Eine weitere Behandlung ist dann nicht mehr nötig", erklärt Mayr.

Handel und Konsument verlangen einwandfreie Ware

"Keine Flecken, keine Fraßspuren - kurzum: Die Ware muss stets frei von jeglichem Makel sein. Ansonsten wird sie weder vom Handel, noch vom Konsument gekauft", verdeutlicht Mayr. Es gebe aber keine Versicherung, die ihm den Schaden bei den Radieschen abdecke. "Ich bleibe auf meinen Kosten vollständig sitzen und muss schauen, wie ich meinen Einkommensentgang anderweitig ausgleichen kann. Es ist nicht sinnvoll Verbote zu machen und keine Alternativen anzubieten. Der Selbstversorgungsgrad in Österreichs lag bei Gemüse 2021 bei nur 58 und bei Obst bei nur 48 Prozent", so Mayr.

Der Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Pflanzenbau und Grünlandwirtschaft der Landwirtschaftskammer Oberösterreich, Kammerrat **Michael Treiblmeier**, ist ebenfalls besorgt von dieser Entwicklung und ergänzt: "Wir erzeugen durch Verbote immer mehr nicht verkaufsfähige Lebensmittel und füttern salopp gesagt nur mehr die Schädlinge. In den vergangenen zehn Jahren wurden 500 von 900 Wirkstoffen verboten. Betroffen sind derzeit besonders Kulturen wie Zuckerrübe, Raps, Erdäpfel und Kürbis."

Produktionsrisiko steigt - Anbauflächen sinken

Aufgrund fehlender Wirkstoffe reduzieren die Bauern, beispielsweise bei Kulturen wie Erdäpfeln, ihre Anbauflächen. "Das Risiko für Ertragsausfälle ist einfach mittlerweile für viele Bauern zu hoch", so Treiblmeier, und fügt hinzu: "Die Einschränkung der Palette an Pflanzenschutzmitteln bedeutet auch eine Zunahme der Lebensmittelverluste. Laut einer Information der Interessengemeinschaft Erdäpfelbau (IGE) wurden im Jahr 2018 rund 112.500 t Erdäpfel durch den Drahtwurm vernichtet. Diese Menge hätte die gesamte Wiener Bevölkerung ein Jahr lang mit Erdäpfeln versorgen können. Entsprechende Adaptierungen des Green Deals sind daher nötig."

Widerspruch auf EU-Ebene

"Die Landwirtschaft gerät immer mehr in die Fänge eines durch Ideologie heiß umkämpften Wirtschaftssektors. Auf EU-Ebene wird versucht den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln durch den Green Deal bis 2050 um 50 Prozent zu reduzieren. Ob damit die Versorgungssicherheit gefährdet wird, scheint die dafür zuständigen politischen Entscheidungsträger nicht zu kümmern", so Wallner. Einer rein ideologiebasierten Politik müsse eine klare Absage erteilt werden. "Die zunehmende Einschränkung der Pflanzenschutzmittel steht auch im Widerspruch mit den europäischen Zielen, wie dem Umwelt- und Klimaschutz. Die unzähligen durchgeführten Studien zu den Auswirkungen der Umsetzung der Pflanzenschutzmittelreduktions-Verordnung müssen endlich beachtet werden. Wir können keine Produktionsrückgänge von über 20% hinnehmen. Ansonsten müssen die fehlenden Lebensmittel, die zu deutlich geringeren Produktionsstandards in Drittstaaten erzeugt werden, in die EU importiert werden. Der OÖ Bauernbund spricht sich gegen diese Entwicklungen mit einem entschiedenen Nein aus", betont Wallner.

Ausländische Lebensmittel häufig belastet - heimische Qualität bevorzugen

Laut OÖ Bauernbund dürfen in Nicht-EU-Ländern nach wie vor Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden, die in der EU schon lange verboten sind. Auch die Höhe der Wirkstoffmenge spiele wegen mangelnder staatlicher Kontrollen und Vorgaben kaum eine Rolle. Das bestätigte auch eine diesjährige veröffentlichte Untersuchung des AK-Konsumentenschutzes Oberösterreich. Dabei wurde importiertes Obst und Gemüse aus Drittstaaten auf Rückstände von Wirkstoffen untersucht. Das Ergebnis: Bei rund drei Viertel der Proben konnten Wirkstoffrückstände gefunden werden, die in der EU verboten sind. (Schluss)